

Karsten D. Voigt
Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit
Auswärtiges Amt

**„Die Präsidentschaft Barack Obamas –
Eine Chance für die Vertiefung der transatlantischen
Beziehungen?“**

Vortrag beim DGAP-Forum Sachsen,
Dresden, 15. Mai 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich beim DGAP-Forum Sachsen für die Einladung zur heutigen Veranstaltung über die transatlantischen Beziehungen und damit auch für die Gelegenheit, einmal wieder Ihre wunderschöne Stadt zu besuchen. Gerade Dresden hat die wechselhafte Geschichte des transatlantischen Verhältnisses im 20. Jahrhundert am eigenen Leibe und teilweise mit tragischen Folgen erleben müssen. Seit der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands konnte sich Dresden wieder dynamisch entwickeln und dabei auch von Investitionen US-amerikanischer Firmen profitieren.

In unserem heutigen Gespräch sollen vor allem die Gegenwart und die Zukunft der Beziehungen zu den USA im Vordergrund stehen. Seit dem 20. Januar diesen Jahres haben die Vereinigten Staaten mit Barack Obama einen neuen Präsidenten, der die vorherige amerikanische Politik bereits in vielen Bereichen auf den Kopf gestellt und auch einen neuen Schwung in die transatlantischen Beziehungen gebracht hat. Über 60 Prozent der Amerikaner sind mit der Amtsführung Präsident Obamas einverstanden. Ein ebenso hoher Prozentsatz der US-Bürger ist mit seiner bisherigen Außenpolitik zufrieden. Auch in Europa, und besonders in Deutschland, ist die Zustimmung zu Obama anhaltend hoch.

Dies ist eine Chance, die transatlantischen Beziehungen, die in den letzten Jahren unter der Unbeliebtheit des früheren Präsidenten in Europa litten, auf eine neue Grundlage zu stellen. Bundesaußenminister Steinmeier hat Präsident Obama eine enge Zusammenarbeit im Rahmen einer „Neuen Transatlantischen

Agenda“ angeboten. Europa und die USA sollten die günstige Gelegenheit nutzen, um gemeinsam Fortschritte bei den zentralen globalen Herausforderungen und bei der Lösung regionaler Konflikte zu erzielen.

Ich möchte heute vor allem auf folgende Fragen eingehen:

- Wie gestalten sich die Beziehungen der USA zu Europa insgesamt und welche Rolle spielt dabei Deutschland?
- Wie sehen die USA die Zukunft der NATO und welche Interessen haben wir?
- Wie wirken sich die Unterschiede in der politischen Kultur Deutschlands und der USA auf die Beziehungen zwischen beiden Ländern aus? Und:
- In welchen Bereichen gibt es mit Obama Chancen für eine verbesserte Zusammenarbeit?

I. Die USA und Europa: ein asymmetrisches Verhältnis im Wandel

Die europäischen Partner bleiben für die USA in mehrfacher Weise wichtig:

Zunächst einmal ist die EU wirtschafts- und vor allem handelspolitisch eine wahre Weltmacht und den USA ebenbürtig. In diesem Bereich hat Europa seine Kräfte gebündelt. Es hat einen einheitlichen Markt gebildet, eine gemeinsame Währung geschaffen und sich erfolgreich Märkte in der ganzen Welt erschlossen. Die USA und die EU sind die am engsten verflochtenen und produktivsten Wirtschaftsräume weltweit. Miteinander wickeln sie rund 40% des weltweiten Handels ab und sind für einander jeweils die mit Abstand wichtigste Quelle für Direktinvestitionen.

Europäische Unternehmen sichern zahlreiche Arbeitsplätze in den USA und umgekehrt. Nach Schätzungen werden auf beiden Seiten des Atlantiks 14 Mio. Arbeitsplätze durch die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen gesichert. Die EU ist für die USA also höchst relevant. Und innerhalb der EU nehmen die USA insbesondere Deutschland als Führungsnation und politisches Schwergewicht wahr.

Anders als im wirtschaftlichen Bereich steckt die europäische Einigung in der Außen- und Sicherheitspolitik noch in den Kinderschuhen. Hier ist das Verhältnis zwischen der Weltmacht USA und der noch nach ihrer Rolle suchenden EU strukturell asymmetrisch. Der Vertrag von Lissabon soll diese Situation verbessern, wird jedoch auch im günstigen Fall seines Inkrafttretens nur ein erster Schritt sein. Die USA erkennen an, dass die EU nach all den Kriegen vergangener Jahrhunderte erfolgreich Frieden und Stabilität zwischen ihren Mitgliedstaaten geschaffen hat. Doch die amerikanische Regierung und viele Kongressabgeordnete würden sich wünschen, dass die EU nun auch zu einem wirkungsvollen Akteur in der

internationalen Sicherheitspolitik wird und die USA stärker als bisher dabei unterstützt, regionale Konflikte am Rande und außerhalb Europas zu befrieden. Frühere Bedenken der USA gegenüber einer allzu eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik sind dem Bewusstsein gewichen, dass auch ein so mächtiges Land wie die USA auf starke Partner angewiesen ist.

Die EU hat bereits eine Reihe von Militäreinsätzen, Beobachter- und Rechtsstaatsmissionen in Drittstaaten auf die Beine gestellt, so zum Beispiel auf dem Balkan, in Georgien, im Kongo und zuletzt auch zur Piratenabschreckung vor der Küste Somalias. Eine ganze Reihe von EU-Staaten, so auch Deutschland, beteiligen sich zudem am internationalen Kampf gegen den Terrorismus und an der ISAF-Schutztruppe für Afghanistan. Der Bedarf an solchen Einsätzen wächst bislang schneller als die europäischen Staaten Kapazitäten bereitstellen können. Auch stößt er an die Grenzen der öffentlichen Meinung. Laut Umfragen lehnen es zwei Drittel der Deutschen ab, dass Deutschland künftig mehr militärische Verantwortung in der Welt übernimmt. Die internationalen Konflikte und damit auch die Bedrohung unserer Sicherheit und unseres Wohlstandes bleiben jedoch erhalten. Es hilft nichts, davor den Kopf in den Sand zu stecken.

Deutschland und die anderen europäischen Staaten sollten es auch als Chance begreifen, dass sich die neue US-Administration – auch in Anerkennung der eigenen Grenzen – ein starkes Europa wünscht. Außenministerin Clinton sagte vor ihrem Amtsantritt: „In den meisten globalen Fragen haben die USA keine engeren Verbündeten als die Europäer“. Dies klingt für uns schmeichelhaft, gibt aber auch der Erwartungshaltung der neuen amerikanischen Administration an die EU und an Deutschland Ausdruck. Nur wenn die EU ihre inneren Schwächen und ihre Selbstlähmung in der Außen- und Sicherheitspolitik überwindet, wird sie für die USA relevant bleiben und ihre Interessen und Lösungsstrategien in Washington zu Gehör bringen. Wäre sie dazu nicht in der Lage, würde dies nur dazu führen, dass unilaterale Reflexe in der amerikanischen Politik wieder die Oberhand gewinnen.

II. Die Zukunft der NATO: Verteidigungsbündnis oder Sicherheitsdienstleister?

Im Verhältnis Europas zu den USA spielt freilich nicht nur die EU, sondern weiterhin die Nordatlantische Allianz eine zentrale Rolle. Seit ihrer Gründung ist die NATO die tragende Säule der transatlantischen Partnerschaft. Während des Kalten Krieges gewährleistete das Bündnis den Schutz Westeuropas vor der sowjetischen

Bedrohung. Insbesondere die Bundesrepublik hing in ihrem Bestehen von der NATO und damit der Sicherheitsgarantie der USA ab.

Zu diesen regionalen Sicherheitsfunktionen des Bündnisses kamen nach der Auflösung der Sowjetunion in wachsendem Maße globale Funktionen hinzu. Heute entspringen die wichtigsten Herausforderungen für die USA und Europa entweder globalen Problemen wie z. B. der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder regionalen Konflikten außerhalb des NATO-Raums, etwa im Nahen und Mittleren Osten, in Südasien, Afrika und im Kaukasus. Die NATO ist heute weit außerhalb Europas in Afghanistan im Einsatz. Doch das Bündnis kann nicht Stabilität und Sicherheit auf der ganzen Welt garantieren. Erst recht sollte die NATO sich nicht als globale Weltpolizei verstehen. Doch die NATO sollte bereit sein, mit weiteren Partnern in anderen Teilen der Welt zusammenzuarbeiten, wenn sie außerhalb Europas zum Einsatz kommt.

Die Mitgliedschaft in der NATO sollte jedoch weiterhin auf Nordamerika und Europa beschränkt bleiben. Vor neuen Erweiterungsrounden der NATO sollten alle außen- und sicherheitspolitischen Implikationen sorgfältig geprüft werden. Dazu gehört vor allem, dass neue Mitglieder zur Sicherheit der NATO beitragen und nicht ungelöste Konflikte in das Bündnis hineinbringen. Die Erweiterungsfrage steht häufig im Vordergrund der Berichterstattung über die NATO. Sie ist meines Erachtens aber im Moment kein vorrangiges Thema. Wichtiger ist, dass sich die NATO-Partner über ein neues strategisches Konzept und damit über ihre künftigen Aufgaben einig werden. Soll die NATO in erster Linie die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten gewährleisten, wie es einige der neuen mittel- und osteuropäischen NATO-Staaten wünschen, oder soll sie sich zu einem globalen Sicherheitsdienstleister für out-of-area-Einsätze entwickeln, wie es den USA vorschwebt. Auf dem NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl wurde ein Prozess eingeleitet, an dessen Ende ein neues strategisches Konzept stehen dürfte.

Ich hoffe auch, dass die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO und der partnerschaftliche Ansatz der neuen US-Administration gegenüber Europa auch eine konzeptionelle Einigung auf eine Kooperation zwischen EU und NATO erleichtern werden und dass die Probleme, die dem noch im Wege stehen (siehe Türkei-Zypern-Problem) überwunden werden können. Die europäisch-amerikanischen Beziehungen werden jedoch in jedem Falle asymmetrisch bleiben. Für die Europäer sind die USA in fast allen Bereichen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik relevant. Umgekehrt besitzt Europa seit dem Ende des Kalten Krieges für die USA heute zwar immer noch eine hohe, aber zunehmend selektive

Relevanz, und zwar dort, wo die Europäer im Rahmen der ESVP oder als NATO-Partner zur Lösung von internationalen Herausforderungen beitragen. Die USA würden sich – schon zur eigenen Entlastung - ein möglichst umfassendes Engagement Europas in der Welt wünschen.

Im Gegensatz zu den USA bleiben die sicherheitspolitischen Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten jedoch begrenzt. Und ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten, sich für globale Werte und Interessen einzusetzen, sind noch begrenzter. Schon aus diesem Grund müssen Deutschland und seine europäischen Partner auch in Zukunft sehr sorgfältig abwägen, ob, wann und wo sie sich engagieren wollen. Europa wird auch in Zukunft nicht immer „ja“ sagen können oder wollen, wenn die USA es wünschen. Europa sollte die Gestaltung der internationalen Ordnung aber auch nicht allein den USA und den aufsteigenden Mächten in anderen Erdteilen überlassen. Auch Europa hat ein Interesse an stabilen und möglichst demokratischen Verhältnissen in der Welt. Eine realistische Einschätzung unserer begrenzten Fähigkeiten und Möglichkeiten muss sich mit der Bereitschaft verbinden, dort Engagement zu zeigen, wo Europa klare Interessen hat und aufgrund seiner Kompetenzen und Erfahrungen zur Lösung von Konflikten und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der örtlichen Bevölkerung besonders gut beitragen kann.

Noch ein Wort zu Russland: In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen der NATO und Russland deutlich abgekühlt. Gab es in den neunziger Jahren in Russland und in den USA sogar prominente Befürworter einer NATO-Mitgliedschaft Russlands, herrscht mittlerweile großes Misstrauen im beiderseitigen Verhältnis. Vor allem nach dem Georgienkonflikt im August des letzten Jahres konfrontierten beide Seiten einander mit Schuldzuweisungen. Ausgerechnet in dieser Situation wurde der NATO-Russland-Rat suspendiert, der doch gerade zur Diskussion von Problemen im Umgang miteinander ins Leben gerufen worden war.

Ich begrüße daher sehr, dass Präsident Obama wieder eine engere Kooperation mit Russland in Aussicht gestellt hat und bei seinem Besuch in Prag eine neue Abrüstungsinitiative mit Russland ankündigte. Auch wenn es nötig bleibt, Russland für autoritäre Tendenzen und Menschenrechtsverletzungen in seiner Innenpolitik und in mehreren Fällen für sein Verhalten gegenüber seinen Nachbarn zu kritisieren, ist es wichtig mit Russland zusammenzuarbeiten, wo immer dies möglich ist. Ohne die Unterstützung Russlands ist es zum Beispiel kaum denkbar, dass die Weiterverbreitung von Atomwaffen gestoppt werden kann und dass Europa seine Energieversorgung sichern wird. Ein konstruktives Verhalten Russlands gegenüber

seinen Nachbarn, die Bereitschaft Russlands zur Lösung der so genannten „eingefrorenen Konflikte“ im Kaukasus und in Moldawien beizutragen und die zumindest indirekte Unterstützung der NATO in Afghanistan könnten in Zukunft zu einer vertrauensvollen Partnerschaft zwischen der NATO und Russland beitragen. Auch kann Russland seine wirtschaftliche Modernisierung ohne den Westen nicht vorantreiben. Zur Zusammenarbeit gibt es also keine vernünftige Alternative.

III. Kontinuitäten im Transatlantischen Verhältnis: zur Rolle der politischen Kultur einer Nation

Zu den Dauerbrennern in der transatlantischen Diskussion gehören nicht nur das Verhältnis zu Russland und die Frage nach dem richtigen Maß an militärischem und zivilem Engagement in der Welt. Es gibt auch eine Reihe von strukturellen Kontinuitäten in den transatlantischen Beziehungen, die in der jeweiligen Größe, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Stärke und nicht zuletzt in den unterschiedlichen politischen Kulturen der USA und Europas bzw. Deutschlands begründet liegen.

Typisch für die USA ist, unabhängig von der gerade regierenden Partei, beispielsweise das fast uneingeschränkt positive Selbstbild als Macht, die für die demokratische Idee, ja für das Gute steht und weltweit Verantwortung für dessen Durchsetzung trägt. Daraus ergibt sich eine aktive, selbstbewusste und globale Interessenwahrnehmung, die multilaterales Handeln als wünschenswert, jedoch nicht zwingend erachtet.

Die für die amerikanische Selbstwahrnehmung so charakteristische Verknüpfung von Macht und Idee ist gerade auch bei Präsident Obama sehr präsent. Es hat sie in der Amtszeit George W. Bushs in anderer, für Europäer oft befremdlicher Ausprägung auch gegeben, aber Obama verkörpert die Idee „Amerika“ in geradezu idealer Weise. Er hat den Amerikanern den Glauben an sich selbst und an ihre positive Mission zurückgegeben und der Welt die gemeinsame Verwirklichung dieser Vision angeboten.

Die europäischen Staaten haben angesichts ihrer viel begrenzteren Machtposition und ihrer wechselhaften Geschichte eine vollkommen andere politische Kultur. Dies gilt in besonderer Weise für Deutschland. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust war Deutschland nicht nur geteilt, sondern auch von Staaten umgeben, die Deutschland fürchteten und anfangs ein Interesse an einem außenpolitisch schwachen Deutschland hatten. Viele Deutsche waren nach dem

Krieg selbst über die Naziherrschaft und den zivilisatorischen Bankrott ihrer einst kulturell blühenden Nation schockiert.

In vollem Bewusstsein dieses negativen Erbes begann die neu gegründete Bundesrepublik eine Politik der Versöhnung zunächst mit unseren westlichen und dann auch mit den östlichen Nachbarn. Sie bemühte sich, durch gutnachbarliches, betont kooperatives Verhalten und Verlässlichkeit historische Ängste vor deutscher Aggressivität und Dominanz schrittweise abzubauen. Dazu gehörte auch, dass die Bundesrepublik sich durch ihre Einbindung in multilaterale Institutionen wie die EU und die NATO und eine betont multilateral orientierte Politik selbst Bindungen auferlegte und sich damit für ihre Partner berechenbar machte. Die DDR hatte als Teil des Warschauer Pakts ohnehin einen sehr eingeschränkten außenpolitischen Handlungsspielraum. Anders als die Bundesrepublik erkannte sie jedoch keine Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes an, da sie in ihrem Selbstverständnis ohnehin mit der militaristischen und imperialistischen deutschen Vergangenheit gebrochen hatte. In Westdeutschland waren es vor allem Intellektuelle und Studierende, die insbesondere seit den 1960er Jahren zur Aufarbeitung der Ursachen des Nationalsozialismus aufriefen, um die Gesellschaft von innen heraus zu erneuern.

Die traumatische Erfahrung der Naziherrschaft und die besondere Art und Weise, mit dieser Geschichte umzugehen hat in Deutschland eine politische Kultur hervorgebracht, die für Amerikaner manchmal schwer verständlich ist, die aber einen erheblichen Anteil am Erfolg der Bundesrepublik seit 1949 hat. Generationen von deutschen Nachkriegspolitikern haben die Rücksichtnahme auf die Interessen unserer europäischen Nachbarn als genuin deutsche Interessen definiert und mit ihrer Politik der außenpolitischen Selbstbeschränkung Deutschlands paradoxerweise ein besonders erfolgreiches Instrument der deutschen Interessenwahrnehmung geschaffen. Selbstbeschränkung und Multilateralismus führten dazu, dass unsere Partner die deutsche Wiedervereinigung akzeptierten und dass Deutschland sich heute in einer sehr günstigen geostrategischen Situation befindet. Zum ersten Mal in unserer Geschichte sind wir von Ländern umgeben, die entweder unsere Freunde sind, unsere Freunde werden wollen oder zumindest diesen Eindruck erwecken.

Im Bewusstsein dieser Erfolgsgeschichte haben deutsche Politiker über Parteigrenzen hinweg eine tiefe Abneigung gegen Dominanzbestrebungen in der Außenpolitik entwickelt. Deutschland will nicht durch Machtdemonstration, sondern durch gute Argumente und durch gutes Beispiel überzeugen. Was die Medien manchmal als „Einknicken“ der Bundesregierung bei EU-Verhandlungen in Brüssel

oder bei den Vereinten Nationen in New York brandmarken, hat sich oft als kluge und langfristig orientierte Strategie erwiesen. Mit seiner geographischen Lage im Zentrum Europas und als Handelsnation wird Deutschland auch in der Zukunft auf ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarn und auf den durch die EU geschaffenen stabilen wirtschaftlichen und politischen Rahmen angewiesen bleiben und - bei aller legitimen Interessenwahrnehmung - gut beraten sein, seinen uneitlen und kooperativen politischen Stil weiterzupflegen.

Derartige Erwägungen sind für die Weltmacht USA naturgemäß weniger relevant. Die Außenpolitik der USA wird zwar multilateraler als bisher werden und auch ein positiveres Verhältnis zu den Vereinten Nationen entwickeln. Aufgrund seiner Wirtschaftsmacht, militärischen Vorherrschaft und Verantwortung als Ordnungsmacht wird Amerika aber auch in der Zukunft weniger als Deutschland bereit sein, sich an internationale Regeln zu binden und damit seinen Handlungsspielraum zu beschränken. Während es für Amerikaner kaum vorstellbar ist, dem Völkerrecht einen Vorrang vor dem nationalen Recht einzuräumen, wie das Grundgesetz es tut, so fällt es umgekehrt schwer, in Deutschland zu erklären, warum die USA manchmal in einer Weise handeln müssen, die sich aus ihrer Großmachtrolle ableitet, aber teilweise bei uns als eigenmächtig oder gar aggressiv empfunden wird.

IV Neue Perspektiven der Transatlantischen Zusammenarbeit

Diese strukturellen Unterschiede zwischen der Weltmacht USA und einer europäischen Regionalmacht wie Deutschland werden mit Präsident Obama nicht verschwinden. Zweifellos verhilft seine überragende Popularität in ganz Europa der transatlantischen Partnerschaft aber zu neuem Schwung und neuen Möglichkeiten.

Der Wandel in der Stimmung und im öffentlichen Image ist aber nur die eine Seite. Wichtiger ist, dass der neue Präsident bereits in seinen ersten vier Monaten im Amt eine ganze Fülle substantieller Korrekturen in der Außen-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik durchgesetzt hat, die Amerika näher an kontinentaleuropäische Vorstellungen herangerückt haben. Einen US-Präsidenten, der sich in ähnlicher Weise einer sozial orientierten und nachhaltigen Marktwirtschaft und einer kooperativen Außenpolitik verpflichtet fühlt, hätte man vor kurzem noch nicht für möglich gehalten. Wir sollten auch nicht unterschätzen, dass Obama mit seiner politischen Agenda erhebliche innenpolitische Risiken eingeht. Seine Klimapolitik, sein Gesprächsangebot an Iran, seine Abrüstungsinitiative und viele andere Entscheidungen stoßen auf Widerstand im Kongress, auch in der eigenen Partei.

Betrachten wir die Themenfelder im Einzelnen:

a) Klimawandel

Obama hat die großen Wachstums- und Beschäftigungschancen einer modernen „Green Economy“ mit klimafreundlichen Technologien und nachhaltiger Energiegewinnung erkannt. Europa kann Amerika auf diesen Feldern seine positiven Erfahrungen vermitteln. Ähnlich wie die deutsche und andere europäische Regierungen sieht Obama die Förderung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen und den Schutz der Umwelt nicht als Gegensätze, sondern als miteinander zum gegenseitigen Nutzen vereinbare und gleichgewichtige Ziele an. Nach seinem Willen soll Amerika seine Emissionen bis 2020 auf das Niveau von 1990 reduzieren und um weitere 80 Prozent bis 2050. Im US-Abgeordnetenhaus gibt es bereits einen Gesetzentwurf, der vergleichbare Zielsetzungen verfolgt. In die Entwicklung alternativer Energien will Obama Milliardensummen investieren. Außerdem stellt er eine aktive und konstruktive Rolle der USA bei den Verhandlungen um ein Nachfolgebkommen für das Kyoto-Protokoll in Aussicht.

Dies sind für Europa und gerade für Deutschland, das sich seit langem für einen entschlossenen internationalen Klimaschutz einsetzt, erfreuliche Entwicklungen. Es ist ebenfalls ein gutes Zeichen, dass im Konjunkturprogramm der Obama-Administration die Förderung von alternativen Energien und Energiesparmaßnahmen eine so große Rolle spielt. Obama begreift die gegenwärtige Krise also als Chance, das Wirtschaftsmodell der USA umzugestalten und fit für die Zukunft zu machen. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung scheint ihm dabei zu folgen, auch wenn es im Kongress weiterhin viele skeptische Stimmen gibt.

b) Finanz- und Wirtschaftskrise

In der Reaktion auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich Obama offener als frühere amerikanische Regierungen zu verstärkter Transparenz der Finanzwirtschaft und zur Weiterentwicklung des globalen Finanzsystems geäußert. Der von politischen Beobachtern hervorgehobene Gegensatz zwischen Marktregulierung nach europäischem Modell und Konjunkturprogrammen nach amerikanischem Modell war meines Erachtens ein künstlicher. Die Bundesregierung und die US-Regierung wissen, dass man in Wahrheit beides tun muss. Die Konjunkturmaßnahmen Deutschlands haben übrigens durch die eingebauten Stabilisierungsmechanismen unseres Sozialstaats prozentual am BSP in etwa die gleiche Höhe wie die amerikanischen.

In der gegenwärtigen Rezession kämpfen die USA und Europa mit den gleichen Problemen strauchelnder Banken und Autofirmen, konjunktureller Einbrüche und steigender Arbeitslosenzahlen. Keiner kann die Tiefe und Dauer der Krise voraussehen. Es wird nun darauf ankommen, dass die USA und Europa ihre Maßnahmen auf einander abstimmen und die Situation nicht mit protektionistischen und populistischen Maßnahmen verschlimmern. Beispielsweise hängen General Motors und seine europäische Tochter Opel so eng zusammen, dass nur gemeinsam eine tragfähige Lösung gefunden werden kann, die das Überleben der Unternehmen sichert und die vielen Tausend davon abhängenden Arbeitsplätze erhält.

c) Abrüstung und Rüstungskontrolle/Russland

In den europäischen Staaten wurde die Bereitschaft Präsident Obamas, neue Initiativen bei der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle zu starten, sehr positiv aufgenommen. Die Wiederbelebung der Abrüstungsdebatte ist seit langem ein zentrales Anliegen der Bundesregierung und übrigens auch der Oppositionsparteien im Bundestag. In den letzten Jahren ist das Vertrauen zwischen den USA und Russland erodiert, was zu einem Stillstand der beiderseitigen Abrüstungsbemühungen geführt und dabei auch das Nichtverbreitungsregime geschwächt hat. Barack Obama will nun eine weitere Reduzierung der strategischen Nuklearwaffenarsenale im Wege eines Nachfolgeabkommens zum so genannten START-Vertrag mit Russland aushandeln.

Über die nächsten Monate finden amerikanisch-russische Gespräche über ein Nachfolgeabkommen zum Ende 2009 auslaufenden START-Vertrag statt. Damit soll die Zahl der jeweiligen strategischen Nuklearwaffen weiter verringert werden. In seiner Prager Rede vom 5. April dieses Jahres kündigte Obama an, die Rolle der Nuklearwaffen in der amerikanischen Sicherheitsstrategie zu verringern. Er schloss sich sogar dem von Kissinger, Schultz, Nunn und Perry vorgeschlagenen Fernziel einer Welt ohne Atomwaffen an. Gleichzeitig stellte er klar, dass die USA ihre nukleare Abschreckung zu ihrer Verteidigung und der ihrer Verbündeten aufrecht erhalten würden, solange andere Staaten ihre Nuklearwaffen behalten. In Prag erklärte Obama ferner, dass er eine Ratifizierung des Atomteststopp-Vertrags (CTBT) durch den Kongress anstreben und einen neuen Vertrag zum Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke aushandeln wolle.

Die Bundesregierung wird diese Ziele unterstützen und hofft auf konstruktive Verhandlungen zwischen der neuen US-Regierung und Russland über weitere Abrüstungsschritte. Aus deutscher Sicht ist es unerlässlich, Russland bei aller

notwendigen Kritik in die Lösung solcher drängender internationaler Probleme einzubeziehen und wieder gegenseitiges Vertrauen aufzubauen.

d) Regionale Konfliktsituationen

Auch in ihren Strategien zur Stabilisierung regionaler Konfliktsituationen nähern sich die USA und Europa einander weiter an. Während die Regierung des früheren Präsidenten Bush teils auf die gewaltsame Transformation repressiver Staaten von außen, den Export westlich-demokratischer Vorstellungen, scharfe Abgrenzung gegen autoritäre, antiwestliche Regime und zumindest zu Beginn auf unilaterales Handeln setzte, will Obama die amerikanische Außenpolitik neu ausrichten. Er hat angekündigt, direkte Gespräche auch mit schwierigen Staaten wie **Iran** und **Syrien** aufzunehmen um Verhandlungsspielräume auszuloten. Bei der iranischen Jugend ist Präsident Obama übrigens sehr beliebt. Dies macht es dem Regime schwer, die USA weiter zu dämonisieren und den Antiamerikanismus in der Bevölkerung für die eigenen Zwecke auszunutzen. Ende März 2009 sandte Obama eine Videobotschaft an das iranische Volk, in der er seine Dialogbereitschaft wiederholte. Er signalisierte damit eine neue Offenheit und seinen Respekt auch vor den Meinungen von Gegnern, ohne die Grenzen dieses Dialogs in Frage zu stellen. So lehnen die USA weiterhin eine nukleare Aufrüstung Irans und die Unterstützung Teherans für terroristische Organisationen strikt ab. Mit diesem Ansatz identifizieren sich seit langem auch die deutsche und andere europäische Regierungen.

Den Konflikten im **Nahen Osten** hat sich Obama sofort nach Amtsantritt gewidmet und den ehemaligen Senator Mitchell zu seinem Sonderbeauftragten ernannt. Wie notwendig ein verstärktes Engagement der USA in dieser Region ist, zeigte die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas zur Jahreswende 2008/2009. Auch wenn es zur Zeit wenig Anlass zu Hoffnung gibt, müssen sich Europa und die USA künftig noch stärker für die Suche nach einer Lösung einsetzen, die die Sicherheit Israels garantiert und den Palästinensern die Perspektive zu einem eigenen Staat und friedlicher Entwicklung ermöglicht. Jüngste Äußerungen des Vizepräsidenten und anderer Berater Obamas weisen darauf hin, dass die USA künftig konkrete Erwartungen an Israel richten werden, zum Beispiel mit Blick auf den Siedlungsbau und auf die angestrebte Zwei-Staaten-Lösung. Auch gegenüber den Palästinensern werden Forderungen erhoben. Nächste Woche reist Premierminister Netanjahu zu Gesprächen nach Washington. Anfang Juni will Obama nach Ägypten reisen, das eine wichtige Rolle bei der regionalen Absicherung des Friedensprozesses spielen kann. Dort will Obama auch eine Rede an die muslimische Welt halten, um einmal mehr zu verdeutlichen, dass die USA und der

Westen nicht dem Islam, sondern dem islamistischen Extremismus den Kampf angesagt haben.

Ganz oben auf der transatlantischen Agenda bleibt die Stabilisierung **Afghanistans** und **Pakistans**. Richard Holbrooke, der Sonderbeauftragte des Präsidenten für diese Region, hat bereits mehrfach mit den europäischen Verbündeten über das gemeinsame Vorgehen beraten. Ende März 2009 verkündete Präsident Obama eine neue Strategie zu Afghanistan und Pakistan. Diese beinhaltet eine Aufstockung der Kampftruppen um weitere 17.000 Soldaten und eine Entsendung von 4.000 Ausbildern für die afghanischen Sicherheitskräfte. Die neue Strategie legt aber auch einen größeren Schwerpunkt auf den zivilen Wiederaufbau des Landes und auf regionale Lösungsansätze, die neben Pakistan künftig auch wichtige Nachbarstaaten wie Indien und Iran einbeziehen könnten. Außerdem wird die Möglichkeit von Verhandlungen mit so genannten „moderaten Taliban“ oder zumindest regionalen Stammesführern erwogen, ähnlich wie die USA dies zuletzt auch im Irak praktiziert haben.

Diese neuen Denkansätze in der amerikanischen Regionalpolitik ähneln europäischen Konzepten. Vor allem die neue Afghanistanpolitik fordert den Verbündeten aber auch weitere Beiträge ab. Dabei geht es nicht nur um Truppen, sondern vor allem auch um verstärkte Beiträge zu wirtschaftlichem Wiederaufbau, landwirtschaftlicher Entwicklung, Eröffnung von Bildungschancen für junge Afghanen, Ausbildung für die afghanische Polizei und Armee etc. Die Europäer sollten sich schnell darüber klar werden, wo sie fähig und bereit sind zu helfen. Präsident Obama hat richtige Schwerpunkte gesetzt und Europa eine enge Zusammenarbeit angeboten. Die EU sollte auf dieses Angebot konstruktiv eingehen.

e) Menschenrechte

Abschließend möchte ich noch auf den Schutz der Menschenrecht eingehen. Europa und die USA haben mit Ihren Werten der europäischen Aufklärung und ihrer Dominanz in der Weltpolitik im 20. Jahrhundert die Menschenrechtsdiskussion geprägt. Der Wiederaufstieg von Großmächten anderer Weltregionen und politischen Kulturen wie China, Indien und auch Russland hat dazu geführt, dass der „Westen“ in den letzten Jahren seine Deutungshoheit in dem Bereich verloren hat. Auch wenn die Menschenrechtsstrategien der USA in den letzten Jahren nicht immer zielführend waren (ich denke vor allem an Konzepte zur Demokratisierung durch Anwendung militärischer Gewalt), sollten die USA und Europa daran festhalten, die universellen Rechte aktiv zu vertreten. Viele Unterdrückte, Inhaftierte oder wegen ihrer Religion

bzw. ihrer ethnischen Zugehörigkeit Diskriminierte in aller Welt richten nach wie vor ihre Hoffnungen auf den „Westen“.

Misstände wie im Gefangenenlager Guantanamo und in Abu Ghraib haben der Menschenrechtspolitik der USA in den letzten Jahren die Glaubwürdigkeit genommen. Präsident Obama hat auch hier eine Kehrtwende vollzogen. Nicht nur werden die USA künftig wieder in dem von der Bush-Administration boykottierten UNO-Menschenrechtsrat mitarbeiten. Schon am zweiten Tag seiner Amtsführung ordnete Obama die Auflösung Guantanos binnen Jahresfrist, die schnellstmögliche Schließung aller CIA-Gefängnisse und das Verbot von Folterungen beim Verhör mutmaßlicher Terroristen an. Bundesminister Steinmeier befürwortet, dass die internationale Staatengemeinschaft und Europa die neue Administration bei der Schließung Guantanos „nicht im Stich lassen“. Dafür wurde er von den sonst so amerikafreundlichen Unionsparteien und Teilen der Medien heftig kritisiert. Wenn Menschenrechte aber nicht nur ein Lippenbekenntnis sein sollen, ist es erforderlich auch einmal konkret etwas zu tun. Natürlich müssen Sicherheitsaspekte bei der eventuellen Aufnahme von ehemaligen Insassen des Gefangenenlagers in Deutschland geprüft werden. Aber mir waren die Kritiker mit ihrer pauschalen Vorverurteilung vermeintlicher „Terroristen“ zu schnell bei der Hand.

V Fazit

Die globalen Herausforderungen, die auf die transatlantischen Partner zukommen, lassen sich ohne eine enge Kooperation nicht bewältigen. Nicht nur Europa, sondern auch ein so mächtiges Land wie die USA benötigt Partner, um Lösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit zu finden. Dies haben die letzten Jahre gezeigt. Während die USA im Irak und in Afghanistan an Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen sind, hat Deutschland seinen - freilich wesentlich enger gezogenen - Handlungsrahmen seit der Wiedervereinigung schrittweise ausgedehnt. Deutschland hat Bundeswehrtruppen und zivile Kräfte unter anderem auf den Balkan, in den Kaukasus, nach Afghanistan und ans Horn von Afrika entsandt, um zur internationalen Sicherheit beizutragen, eine Entwicklung die 1989 so noch nicht zu erwarten war.

In Deutschland und in der EU insgesamt finden die USA bewährte Verbündete, deren Interessen und Werte denen der USA am ehesten entsprechen. Die neue US-Administration hat ihre Bereitschaft zur engen Kooperation mit den europäischen Partnern geäußert. Die Europäer sollten sie beim Wort nehmen und ihre engagierte Mitgestaltung auf allen relevanten Feldern der internationalen Politik anbieten. Dabei

werden punktuell auch in Zukunft Unterschiede in den Meinungen und außenpolitischen Ansätzen zwischen Europa und den USA sichtbar werden. Schließlich haben beide Seiten ihre spezifischen Traditionen, Kulturen, historischen Erfahrungen und politischen Rollen, die bestehen bleiben werden. Amerikaner und Europäer sollten jedoch über Meinungsverschiedenheiten in Detailfragen nicht die großen Schnittmengen ihrer gemeinsamen Herausforderungen, Interessen und Werte aus den Augen verlieren.